

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 31. Oktober 1985
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft GREGORICH-SCHEGA

Zl. IV-50.980/15-2b/85

Klappe 6463 Durchwahl

An das

Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

i m H a u s e

Entwurf einer Novelle zum Fernwärmeför-
derungsgesetz;
Begutachtungsverfahren

Zeichn. U. M. B.
Zl. 83 85
Datum: - 4. NOV. 1985
Verteilt 85-11-07 Höcker

St. Esterer

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz
nimmt Bezug auf die do. Note vom 9. Sept. 1985, Zl. 51.010/
55-V/1/85, und gibt hiezu folgende Stellungnahme ab:

I. Allgemeines:

Die durch den in Rede stehenden Gesetzesentwurf vorgesehene
Verlängerung der Frist für die Förderung von Fernwärmein-
vestitionen bis Ende 1988, die Ausdehnung der Förderungs-
tatbestände auf Heizwerke, die überwiegend mit Biomasse
beheizt werden, sowie die Ausstattung der Anlagen mit Ein-
richtungen zur Verringerung von Umweltbelastungen nach dem Stand
der Technik als grundsätzliche Voraussetzung der Förderung
wird aus Sicht des ho. Ressorts sehr begrüßt. Eine wirksame
Fernwärmeförderung entspricht nicht nur ökologischen Intentionen,
sondern stellt auch eine wertvolle Ergänzung zu den Aktivitäten
des Umweltfonds dar

II. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Art. I:

Im Einleitungssatz wäre nach der Angabe der Bundesgesetzblatt-
nummer ein Beistrich zu ergänzen.

Zu Art. I Z 1:

In § 1 Abs. 2 5. Zeile sollte es "Fernwärmepotentialss" heißen.

Zu Art. I Z 2:

In § 2 Abs. 3 wäre nach Z 4 der Punkt zu streichen.

Zu Art. I Z 3:

In § 3 Z 1 6. Zeile darf auf den Tippfehler "Zur" statt "zur" hingewiesen werden.

Zu Art. I Z 4:

Die Erläuterungen zu § 4 Abs. 2 ("Stand der Technik") sollten nicht (wie vorgesehen) mit der in § 2 Abs. 2 DKEG 1980, sondern mit der in § 2 Abs. 2 des Entwurfes eines Bundesgesetzes, mit dem das Dampfkessel-Emissionsgesetz geändert wird (Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen) vorgesehenen Definition übereingestimmt werden. Diese entspricht im wesentlichen auch der in § 71a Gewerbeordnung 1973 verwendeten Definition und sieht im Gegensatz zu der Formulierung des vorliegenden Entwurfes keine "Erprobung im Dauerbetrieb" vor.

Auf die Tippfehler in § 4 Abs. 2 3. Zeile ("Vorhabenzur") sowie in § 4 Abs. 2 4. Zeile ("VonAnlagen") darf hingewiesen werden.

Abschließend ist zum nicht geänderten § 5 des Fernwärmeförderungsgesetzes, BGBl.Nr. 640/1982, festzuhalten, daß nach dessen Intention über die näheren Bedingungen der Gewährung von Förderungen nach den Grundsätzen des § 4 Richtlinien erlassen werden können. Da diese Grundsätze der Förderung auch vom Gedanken des Umweltschutzes getragen werden (§ 4 Abs. 1 Z 4) und diesen nunmehr noch weiter in den Vordergrund stellen (§ 4 Abs. 2 2. Satz neu), sollte die Erlassung allfälliger Richtlinien über die näheren Bedingungen der Gewährung von Förderungen auch im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz erfolgen.

- 3 -

In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß die entsprechende Bestimmung des Umweltfondsgesetzes, BGBl.Nr. 567/1983, über die Erlassung von Richtlinien für die Gewährung von Förderungen aus dem Umweltfonds vice versa auch das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie erfordert.

Für den Bundesminister:

H a v l a s e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wejnosta

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT
UND UMWELTSCHUTZ

Zl. IV-50.980/15-2b/85

Wien, 31. Oktober 1985

Dem

Präsidium des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

mit Beziehung auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. Dezember 1981, Zl. 94.199-2a/1981, zur gefälligen Kenntnis. 1981
25 Mehrexemplare der h. Stellungnahme liegen bei.

Für den Bundesminister:

HAVLASEK

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

